

Inland.

Berlin, den 19. Sept. Se. Maj. der König haben Allergnädigt geruht: dem ersten Präsidenten des Appellationsgerichtshofes zu Köln, Dr. Schwarz, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub; dem Lehrer an der höheren Bürgerschule und Kantor an der Hauptkirche zu Frankfurt a. d. O., Hiltscher, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem evangelischen Schullehrer Lange in Nieder-Herzogswaldau, Regierungs-Bezirk Posen, und dem Kantor und Schullehrer Koehler zu Gubrau, Regierungsbezirk Breslau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und die Wahl des Professors, Ober-Konfistorial-Raths Dr. Nitsch hieselbst, zum Rektor der hiesigen Universität für das Universitätsjahr von Michaelis 1848 bis dahin 1849 zu bestätigen; so wie dem praktischen Arzte, Dr. Grasso in Neuhaus, den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

○ Mieszkow, den 14. September. Am 8. d. M. war in dem Städtchen Jarocin ein russischer Offizier, dem zu Ehren die preussischen Offiziere zwei Mannen im Paradeanzuge manövirten ließen. Im benachbarten Dembno, wo sich eine Kaltwasserheilanstalt befindet, ist es jetzt sehr lebhaft; es fahren ungleich mehr Polen dorthin, als je. — Auch ist kürzlich ein Comers zum Besten der in Fions verunglückten Polen daselbst veranstaltet worden. — Daß die Russen in acht Tagen kommen werden, um die Preußen für ihr Auftreten gegen die Polen zu züchtigen, ist bei der unteren Volksklasse hier ganz gewiß.

○ Von der Lubieszka, den 16. September. Unter den bäuerlichen Wirthen hiesiger Gegend ist die Meinung verbreitet, daß die National-Versammlung in Berlin damit umgehe, alle Grundzinsen und sonstige, den Domänen von bäuerlichen Wirthen zusehenden Leistungen ohne Entschädigung aufzuheben, und daß es nur eines Antrages der Verpflichteten an die National-Versammlung bedürfe, um schon jetzt dieser Verpflichtung überhoben zu werden. So viel bekannt geworden, geht die Verbreitung dieser Meinung von einem Winkelfonkulenten aus, der den Bauern derartige Gesuche anfertigt und von denselben ein Honorar von 10 Sgr. für die Hufe sich zahlen läßt. — Auch wird die von mehreren Seiten beantragte Befreiung der Schule von der Aufsicht durch die Geistlichen noch immer als ein Mittel benutzt, um die niedere Volksklasse aufzuregen; man sagt den Leuten, daß alle Schulen deutsche Inspektoren erhalten werden, und daß alle Polen deutsch, alle Katholiken evangelisch werden müssen. Durch Vorstehendes hat sich nun der Landrath v. Suchodolski veranlaßt gesehen, die Unterbehörden aufzufordern, doch in Schulzen-Konferenzen u. d. Gemeinden hierüber zu belehren, und müssen wir diesem Schritte des Landraths von Suchodolski umsomehr unsere Anerkennung zollen, als er es zur ausdrücklichen Bedingung der Unterbehörden macht, weder die Anträge noch die Protestationen zu loben oder zu tabeln.

○ Berlin, den 17. September. Unsere Straßeneden reagiren seit gestern aufs Heftigste gegen die aufreizenden Anschläge an die Soldaten, mit denen sie vor wenigen Tagen bedeckt waren. Ich zähle bei einem flüchtigen Umblat nicht weniger als sechs verschiedene Plakate, in denen Treue und Gehorsam den Truppen an's Herz gelegt wird. „Ein alter Soldat“ warnt vor den Herren mit den grauen Hüten und rothen Federn, die das Zeughaus gestürmt, die zeit-her nichts anderes gewußt haben, als den Soldaten beschimpfen, und ihn nun plötzlich mit bevormundender Liebe und Freundschaft beglücken wollen. Von einem „Landwehrmann“ wird seinen Kameraden zugerufen, sich stets bewußt zu sein, daß Freiheit, Ruhm und Ehre nicht errungen werde durch rohe Gewalt und schändliche Wortbrüchigkeit. „Ein Offizier“ beweist den „Kameraden der Armee“, wie trügerisch und unausführbar jene vorgeblichen Wünsche sind, mit denen die Demokraten coquettiren und die Truppen zu fördern unternehmen; er schließt mit der Aufforderung zum Kampf wider „die Gegner des Gesetzes“. In ähnlichem Sinne und mit derben Worten spricht der „Musketier J. H. . . n. Kolberg'schen Regiments“ seinen Unwillen aus, rufen die „Wehrmänner und Wehrritter Lange, Schulze, Schusel, Schlesinger“ zur Pflicht, und läßt auch „der patriotische Verein“ seine Stimme erschallen. — Wie manches ehrliche Soldatenherz mag sich vor Schmerz und Wuth krümmen bei all den bisherigen Versuchen, die Disciplin der Truppen zu erschüttern. Wir können dem Pr. Lieut. Hartmann nicht ganz Unrecht geben, wenn er in seinem heute mit den Zeitungen ausgegebenen „Offenen Brief an die Kameraden“ inmitten der Zerrüttung, die alle unsere Verhältnisse ergriffen hat, auf die Haltung der Armee das größte Gewicht legt und den Beschluß der Nationalversammlung gegenüber, wornach es dem Offizier zur Ehrensache gemacht werden sollte, seiner politischen Ueberzeugungen halber den Abschied zu fordern, nachdrücklich darauf hinweist, daß jetzt die Oberen ihre Ehre gerade im Festhalten der Plätze, die sie einnehmen, zu suchen haben.

So eben werden Abdrücke jener fingirten Cabinets-Ordre Friedrichs Wilhelms III. vom 1. Januar 1798 an die Straßeneden geklebt, welche die letzten blutigen Vorgänge in Mainz hervorgerufen haben, und heut Nachmittag um 3 Uhr soll auf dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thore die Verbrüderung zwischen Volk und Soldaten eingeleitet werden!

△ Berlin, den 17. Sept. Wir haben in unseren Mauern in kurzer Zeit schon dreierlei Kongresse gehabt, den der Demokraten Deutschlands, den der Konstitutionellen, den Arbeiterkongreß. Mit Nächstem werden wir einen vierten hier erleben, einen Bürgerwehrekongreß. Heute über acht Tage, Sonntag, den 24. Sept., wird zu diesem Behufe eine Versammlung stattfinden, zu welcher alle hiesigen Vereine und Clubs Deputirte zu schicken aufgefordert werden, um auf dieser Vorversammlung die weiteren Maßregeln zu verabreden. Die Idee zu einem solchen Kongreß geht von dem Bürgerwehklub aus. Dieser Klub,

der schon einige Male von einem frischen, thatkräftigen Leben in ein lautloses, stummes Vegetiren übergehen zu wollen schien, und von dem ich Ihnen daher nur sehr selten Bericht zu erstatten hatte, hat seit einiger Zeit wieder angefangen, sich tüchtig zu regen und rührig zu arbeiten. Er zeigt viel Neigung nach links. Die neuesten Ereignisse konnten ihn nicht unberührt lassen, namentlich hielt er es für seine Aufgabe, auch seinerseits eine Ansprache an die Soldaten zu richten. Diese Ansprache unterscheidet sich dadurch vortheilhaft von den vielen anderen an die Soldaten gerichteten Maneraufschlägen, daß sie keine eigentliche Aufbegehre beabsichtigt und keine thörichten Hoffnungen, wie sie Böswilligkeit oder Unkunde der Verhältnisse eingegeben, erweckt. Sie fordert zur Annäherung und Eintracht auf, ist im Uebrigen aber sehr schwülstig gehalten und mit vielen sentimentalen Redensarten verbrämt. Bräder und Brüder, Brudersliebe, Bruderbündniß und ähnliche Brädererei spielen darin eine so große Rolle, daß zuletzt sogar „die Flamme der Eifersucht eine Flamme der Eintracht werden soll (!) in der das Feuer der Begeisterung für unser schönes Vaterland zusammenschlägt.“ — Der Bürgerwehklub scheint übrigens das Bedürfnis gefühlt zu haben, bei so hohlen Redensarten nicht stehen bleiben zu dürfen. Um unmittelbar zu wirken und praktisch zu verfahren, hat er auf heute Nachmittag eine Volksversammlung „für Soldaten und Volk“ angesetzt zur gemeinsamen Verhandlung über sehr wichtige Fragen, wie z. B. über die bekannten Beschlüsse vom 9. August und 7. Sept., über die gegenwärtige Stellung des Soldaten zum Volke im Allgemeinen und zur Bürgerwehr besonders, über die gegenwärtigen Ansichten des Soldaten u. s. w. Eine weitere Annäherung zwischen Volk und Heer gedenkt der Klub durch ein allgemeines Verbrüderungsfezt zu bewirken.

□ Berlin, den 18. September. Held fängt an, ein noch ganz anderes Interesse rege zu machen, als er bisher eingefloßt hat. Sie kennen die Aufschuldigungen, mit denen ihn die demokratische Partei seit einiger Zeit zu Leibe geht. Er soll mittelbar oder unmittelbar mit dem Prinzen von Preußen in Verbindung stehen und sich verpflichtet haben, zur Auflösung der National-Versammlung und zur vorzeitigen Erhebung des Prinzen auf den preussischen Thron die öffentliche Meinung zu gewinnen. Man könnte glauben, die erhitzte Phantastie eines eifrigen Demokraten habe Gespenster gesehen, oder aus dem zufälligen Zusammentreffen scheinbar verdächtiger Umstände eine leidenschaftlich Combination hergeleitet. Nun ist aber höchst merkwürdig und wohl der Beachtung werth, was wir heute in einem übergroßen Held'schen Plakate, betitelt: „Meine Idee für die Verfassung Preußens und Deutschlands“, zu lesen bekommen. Nicht in der darin entwickelten staatsrechtlichen Theorie ist das Wertwürdige zu suchen, obwohl sie freilich weder von konstituierenden Versammlungen noch von „Ministerregierungen“ etwas wissen will, obwohl sie den Absolutismus und den Republikanismus in einem Athem zurückweist, obwohl sie dem (demokratisch-socialen) Constitutionalismus das Wort redet, und die Verfassungs-Urkunde nebst „allen darauf ruhenden organischen Gesetzen“ von einer einzigen Persönlichkeit ausgehen lassen will; eben so wenig wird man dem Gedanken eine übermäßige oder gar maßgebliche Bedeutung beilegen wollen: „daß einer der deutschen Staaten (und zwar Preußen) die demokratisch-socialen Constitutional-Monarchie zu gründen und alsdann die übrigen deutschen Staaten in sich aufzunehmen habe.“ Alles dies kann sowohl Herr Held, wenn auch mit einiger Inconsequenz gegen seine früheren Bestrebungen, wie jeder andere beliebige Scribent in seinem Arbeitszimmer zu Papiere gebracht haben. Das vorwiegend merkwürdige tritt erst dann hervor, wenn man den ziemlich unzweideutigen Schluß des Schriftstücks mit den oben berührten Anklagen in Verbindung bringt. „Hat irgend ein größeres deutsches Land — z. B. Preußen“ sagt Herr Held „in dieser Weise einen beneidenswerthen Zustand erschaffen und ruht die Krone auf dem Haupte eines Mannes der mit der nöthigen Energie des Charakters und mit der erforderlichen Thatkraft ausgerüstet ist, um in der Weltgeschichte einen kühnen Griff zu thun, dann würde es zur Erzielung der vielbesprochenen Einheit Deutschlands vielleicht nur der ersten Aufforderung bedürfen, daß sich sämtliche deutsche Staaten — unter dem Rücktritt ihrer Souveräne — dem preussischen Reiche anzuschließen haben.“ Dann fährt er fort: „Man wird aber die Frage aufwerfen, ob sich der König von Preußen dazu verstehen würde, die für die Verfassung Preußens und Deutschlands angeordneten Wege einzuschlagen. Von Friedrich Wilhelm IV. bezweifeln wir dies. — Vielleicht aber — und ich glaube dies annehmen zu dürfen — sehnt sich das von mannigfachen trüben Schicksalen getroffene Herz des Königs blos nach einer Gelegenheit, um — zu Gunsten seines legitimen Nachfolgers die Krone niederlegen zu können; und Friedrich Wilhelm IV. scheut diesen Schritt nur, weil er eine gewisse Unpopularität seines legitimen Nachfolgers fürchtet, der übrigens trotz dieser Unpopularität die Krone empfangen würde, wenn plötzlich zufällig die Hand des Todes sich über Friedrich Wilhelm IV. ausstreckte.“ „Es frage sich daher über Friedrich Wilhelm IV. ausstreckte.“ „Es frage sich daher: „meint er weiter „ob nicht dieser legitime Nachfolger gern eine Gelegenheit ergreifen würde, um sich die Volksgunst zu gewinnen; ob es nicht in seinem eigenen Interesse läge, sich durch große und liberale Concessionen das Vertrauen des Volkes zu erringen; und dann käme es darauf an, zu ergründen: 1) ob jener Prinz, ein Mann von Charakter, Energie und festem entschienen Willen, mit dem alten System so ganz und gar gebrochen hat; 2) ob das Volk zu seiner Ehrenhaftigkeit das Vertrauen gewinnen kann, daß ihm seine Zusagen heilig sein werden; 3) ob er Lust und Kraft hat, eine weltgeschichtliche Mission zu übernehmen.“ Und hierauf giebt Herr Held folgende Antwort: „Ich würde vielleicht die Genugthunung gehabt haben, diese Fragen mit Ja beantworten und dies Ja mit Beweisen belegen zu können, wenn mir die Gelegenheit zur Ergrün-

bung alles dessen geworden wäre; allein diese Gelegenheit ist mir durch die seitens der Demokraten-Partei gegen mich laut und öffentlich gewordenen Verdächtigungen entrückt worden.“ — Eines weiteren Commentars kann ich mich füglich enthalten. Die radikalen Blätter werden ihn zu liefern gewiß nicht säumen.

Der Prinz von Preußen wird den Winter in Berlin zubringen. Sein Palais unter den Linden wird zu seiner Aufnahme bereits in Stand gesetzt.

Auf der Börse verbreitete sich das Gerücht, daß es Herrn Beckerath gelungen ist, ein Ministerium in folgender Zusammensetzung zu Stande zu bringen: Präsident ohne Portefeuille: Beckerath; Aeußeres: Dönhof; Inneres: Pinder; Krieg: Pfuell; Finanzen: Camphausen (Bruder des gewesenen Präsidenten); Handel und Gewerbe: Rabe; Justiz: Wenzel; Cultus noch unbefestigt.

Die Berlinische Zeitung meldet, daß die Darlehnskassen auch auf Quittungen der Staatsschuldentilgungskasse über die zur freiwilligen Anleihe eingezahlten Beträge mit einem sehr geringen Abschlag an Handels- und Gewerbetreibende Darlehne bewilligen, wodurch allen Denjenigen, welche sich bei der freiwilligen Anleihe betheiligt haben, ein sehr bequemes Mittel geboten werde, die ihrem Geschäft entzogenen Betriebskapitalien demselben ohne weitere Opfer wieder zuzuführen.

Potsdam, den 16. Sept. Der heutige Einzug des 1. Bataillons vom Kaiser Alexander-Grenadier-Regiment, welcher ganz Potsdam freudig bewegte, hat auch gezeigt, welchen innigen Antheil die hiesige Bürgerwehr an dem Ruhm unseres braven Heeres nimmt. Vollzählig hatten sich sämtliche Abtheilungen der Bürgerwehr zum Empfang zusammengefunden, begrüßten und ehrten die heimkehrenden Brüder durch Präsentiren des Gewehrs, schlossen sich unter freudigem Zuruf dem festlichen Zuge derselben an, unter der Musik: „Ich bin ein Preuße,“ und geleitete sie bis zum Lustgarten, an dessen Eingang sie halten blieben, bis die Befichtigung und der Vorbeimarsch des genannten Bataillons vorüber war. Se. Majestät der König, von der Anhänglichkeit der Bürgerwehr an Seine Person und an Sein ganzes Heer fest überzeugt, und von dem offenkundigen Beweise der wahrhaft brüderlichen Gesinnung derselben zu dem Heere erfreut, geruhte, gleich nach dem Abmarsch des Bataillons, auf den Wunsch der Bürgerwehr, den noch versammelten Corps und den Schützen-Abtheilungen die Parade abzunehmen. Das Corps rückte ein, stellte sich im Lustgarten auf und empfing Se. Majestät mit jubelnden Hurrahs, die bis nach beendigtem Vorbeimarsch fortbauerten. Se. Majestät war mit dem Vorbeimarsch und der Haltung zufrieden, sprach dies dem Commandeur in gnädigen Worten aus, so wie Ihre Zufriedenheit mit dem Benehmen des Corps bei dem Straßenkravall am 12., der von der demokratisch-anarchischen Partei so gern zu einer Militair-Revolve gestempelt werden möchte.

Frankfurt, den 14. Sept. (77. Sitzung der deutschen Reichsversammlung.) Tagesordnung: Beratung der von den Abgeordneten Wurm und Stedmann, Namens der Mehrheit und Minderheit der vereinigten Ausschüsse für die völkerrechtlichen Fragen und für die Centralgewalt erstatteten Berichte über den Waffenstillstand von Malmö. Nach Eröffnung der Sitzung, um 9½ Uhr Vormittags, macht der Präsident v. Gagern das Ergebnis der am Schluß der letzten Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen für den Marineauschuß bekannt. Die neu erwählten Mitglieder sind: die Abgeordneten: Würing aus Wien, und Dröge aus Bremen. Die Vornahme der Ergänzungswahlen für den Geschäftsrundungsausschuß wird auf eine der nächst folgenden Sitzungen anberaumt und sodann zur Tagesordnung geschritten. Der Präsident verliest die Anträge der Majorität und Minorität der zur Begutachtung der schleswig-holsteinischen Frage niedergelegten Ausschüsse, so wie drei fernere hierauf bezügliche Anträge: 1) des Abgeordneten von Lindenau; 2) der Abgeordneten Francke, Drohsen, Michelsen und Neergaard. 3) des Abgeordneten Holstlandt und Genossen. Hierauf schließen sich theils weitere selbstständige, theils Verbesserungs- und Zusatzanträge der Abgeordneten Winter, Blömer, Zahn, Adams, Eblauer und Mulley und v. Maltzahn und Genossen, welche sämtliche Vorschläge aus dem Laufe der Unterhandlungen sich ergeben werden. Wesendonck ergreift über die Geschäftsverhandlungen das Wort und beantragt die unverweilte Mittheilung, resp. Anzeige der von vielen Seiten eingelaufenen, die Anerkennung des Majoritätsbeschlusses und die Verwerfung des Waffenstillstandes besprechenden Zuschriften. Präsident macht auf den durch die Verlesung dieser Eingaben hervorgerufenen Zeitverlust aufmerksam. Wesendonck beschränkt seinen Antrag auf Angabe des Inhalts und der Unterschriftenzahl der Adressen, worauf der Präsident die Sortirung der heute eingelaufenen funfzig Adressen, zur Vorlage im Laufe der Verhandlungen verfügt. v. Lindenau begründet seinen Verbesserungsantrag. Der Redner spricht so leise, daß er nur in der nächsten Nähe gehört werden kann. Sein Vermittlungsvorschlag wird darum von einem der Sekretäre des Bureau verlesen; er lautet: die Nationalversammlung beschließt die Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes an folgende Bedingungen zu knüpfen: 1) daß die im Art. VII. des Vertrags festgesetzte Aufhebung der durch die provisorische Regierung der Herzogthümer erlassenen Gesetze wegfalle; 2) daß die von der Preussischen und Dänischen Regierung vorgeschlagene Verwaltungs-Commission durch die Centralgewalt in Verbindung mit der Nationalversammlung ernannt werde; 3) daß alle beschlossenen und noch zu beschließenden Grundrechte, wie auf das übrige Deutschland, so auch auf Schleswig-Holstein ihre Anwendung finden; 4) daß die einzuleitenden Friedensunterhandlungen mit der Krone Dänemark von der Centralgewalt in Verbindung mit der Reichsversammlung vorgenommen werden. Hierauf: Nach Aufstellung der 2 Hauptpunkte: 1) daß der Waffenstillstand von Malmö kein definitiver Friede mit Dänemark sei, und 2) daß der Zweck des Krieges nicht in der Eroberung Schleswigs, sondern in der Wahrung der von Dänemark widerrechtlich angetasteten Rechte der Herzogthümer gelegen habe, wirft der Redner in einem 2½stündigen Vortrage einen Rückblick auf die Unterhandlungen mit Dänemark, von dem Bestehen des ehemaligen Bundestags an, bis zur Errichtung der provisorischen Centralgewalt. Hierauf knüpft er eine Rechtfertigung der Handlungsweise des Reichsministeriums in dieser Frage, indem er sämtliche hierauf bezüglichen Aktenstücke speciell durchgeht und die Stellung des Agenten der Centralgewalt, ehemaligen Unterstaatssekretärs M. v. Gagern, zu den Waffenstillstandsverhandlungen erörtert. Das Verfahren des Reichs-

ministeriums sei von dem Geiste der Versöhnung und friedlicher Verständigung geleitet worden. Die der Preussischen Regierung ertheilte Vollmacht anlangend, müsse erwogen werden, welche Opfer Preußen im Dänischen Kriege gebracht habe; darum sei ihm auch nicht das Vertrauen zu entziehen gewesen, welches es noch nie verlernt habe. Sei auch das Reichsministerium mit mehreren Punkten des Waffenstillstandsvertrags nicht einverstanden gewesen, weil derselbe allerdings von den Bellevuer Stipulationen abgewichen, so habe es doch denselben mit Rücksicht auf das Wohl Deutschlands nicht verwerfen können. Wohl sei das Veto übrig geblieben; dieses einzulegen, dürfe jedoch in einer Angelegenheit nicht geschehen, in der die Regierung selbst die Initiative ergriffen habe. Zu einer Prüfung des Waffenstillstandes selbst übergehend, setzt der Redner bei der Preussischen Regierung moralische Rechtfertigungsgründe voraus, die es befugt, in seinem Namen zu handeln, und wobei von einer Zurücklegung der Centralgewalt die Rede nicht sein könne. Die siebenmonatliche Dauer des Waffenstillstandes habe das Reichsministerium allerdings überrascht. Schweden haben diesen Umstand zu einer *conditio sine qua non* gemacht, und seiner Theilnahme an den Dänischen Bestrebungen habe Preußen Rechnung tragen müssen. Beschließen man die Verwerfung des Waffenstillstandes, so sei Preußens Ehre gekränkt und seine Entfremdung hervorgerufen. Sollte der Krieg fortgeführt werden ohne Preußen, so werde ganz Norddeutschland sich ihm anschließen. Auch in Oesterreich könne man sich auf keinen Mann verlassen. (Bewegung.) Die Gefahren seien groß, ernsthaft müßten sie ins Auge gefaßt werden. Eine Ueberschreitung Jütlands betrachte Rußland als eine Kriegserklärung; eine gleiche Festinnung theile Schweden, und die Bemühungen Dänemarks bei der Französischen Regierung, sowie eine Unterredung des Redners mit dem Bevollmächtigten der Französischen Republik gebe zu gleichen Erwartungen Veranlassung. Drohungen schreckten ihn (den Redner) zwar nicht, allein Gefahren könne man nicht wegwerfen, wo es sich um die Erhaltung der Einheit Deutschlands handle. Uebrigens lägen in Camphausens neuesten Zusicherungen und in den Andeutungen, welche Wrangel der Schleswig-Holsteinischen provisorischen Regierung ertheilt habe, gegründete Aussichten auf Zulassung von Modifikationen im Waffenstillstandsvertrage, und zwar zur Herbeiführung eines Ergebnisses, welches das Reichsministerium auf den Grund der ersten Malmöer Stipulationen und Bellevuer Unterhandlungen jederzeit gewollt habe. Weit mehr als die vermeintliche Ehre müsse Deutschland berücksichtigen, welche Stellung es in Europa einnehme, sobald es den fraglichen Waffenstillstand verwerfe. Sei aber auch diese Verwerfung erforderlich, so dürfe eine Nation nicht gleichgültig bleiben in Rücksicht der Wünsche und Begehren anderer Nationen. Deutschland, als junger Staat, dürfe nicht wie ein Don Quixote den Fehdehandschuh der ganzen Welt hinwerfen. Auf Grundlage der Bellevuer Stipulationen habe das Ministerium den Muth gehabt, die Verantwortlichkeit in der schwebenden Frage zu übernehmen. Der Redner wünscht, das neu zu ernennende Ministerium möchte in gleicher Weise seine Pflicht erfüllen, und denselben Muth beweisen, wie das abgetretene. In den Ausschüssen habe er sich auf Verlangen der Abstimmung enthalten, er schließe sich übrigens dem Antrage der Minorität an, welcher die Zulassung von Modifikationen offen halte.

Von einem andern Gesichtspunkte, als sein Vorgesetzter, betrachtet Venedy die Schleswig-Holsteinische Frage. Nach einem Rückblick auf die Friedenspräliminarien Englands und v. Bunsens Urtheil über diesen Gegenstand, geht der Redner auf eine Kritik der auf den Waffenstillstand bezüglichen Aktenstücke mit Hervorhebung der v. Auerswaldschen Erklärung und Camphausens Schreiben an das Reichsministerium über. Dänemark würde nachgegeben haben und würde noch nachgeben, beharre die Reichsversammlung auf ihrem Beschlusse. Machen Sie einen Strich durch die vorliegenden diplomatischen Correspondenzen. Die Männer, welche in den Befreiungskriegen ihr Blut für Deutschland vergossen haben, werden es wiederum vergessen, wenn auch in Folge des Krieges, in welchem man uns mit Schmach bedecken will, ein Kampf mit ganz Europa über uns hereinbricht. Man wird uns achten, sobald man weiß, daß wir kämpfen um die Ehre Deutschlands. Arndt spricht mit patriotischen Ergießungen über die gegenwärtige Stellung der Reichsversammlung. Er findet es bedenklich, daß seit 14 Tagen keine Regierung in Frankfurt mehr bestehe und daß die Möglichkeit kaum voraus zu sehen sei, wann eine andere entstehen werde. Dieser Zustand bringe Gefahr. An England müsse das Deutsche Volk sich spiegeln und nach gleicher Festigkeit seiner Zustände trachten, wie jene Nation. Dort seien Ministerwechsel nicht an der Tagesordnung. In Betreff des Waffenstillstandes bekennet der Redner, daß er als Mitglied der beiden Ausschüsse von der Majorität zur Minorität sich gewendet habe, und zwar vor Allem, weil eine Verständigung in dem gegenwärtigen gefahrvollen Zustande noth thue. Eisenmann kann der Anerkennung ungeachtet, die er dem Vorgesetzten zollt, „welcher in guten und schlimmen Tagen mit Deutschland gestanden“, von seinem Urtheile nicht abgehen, und erörtert den Waffenstillstand als solchen und die Art, wie er zu Stande gekommen ist. Mit Ausnahme eines schmalen Küstenreiches, herrscht allenthalben, des Waffenstillstandes wegen, die größte Aufregung. Diese Stimmen müssen gewogen werden. Was ziehen Sie vor, einen Conflict mit Preußen oder einen Conflict mit dem Deutschen Volke. Wir sind hier nicht, um Preußens Krone zu wahren; Preußen ist nur stark, wenn es mit Deutschland geht, außer Deutschland ist es ein Zwerg. Aber auch Deutschland wird stark sein, hat es einmal einen festen Punkt außer dem Bereiche des Despotismus und der Reaction. Die Revolution hatte Frankreich zerissen; aber aus ihr sind tapfere Krieger hervorgekommen. Sollten wir schlechter sein als die Franzosen? Der Redner stellt sofort drei Anträge: 1) Die Nationalversammlung versage dem Abschlusse des Waffenstillstandes die vorläufige Genehmigung und fordere die Centralgewalt auf, Unterhandlungen über die Modifikationen desselben vorzunehmen. 2) Die Centralgewalt fordere alle Deutsche Regierungen, die ihre Anerkennung nicht ausgesprochen, hierzu auf, sowie 3) zur Zurückziehung ihrer Gesandten im Auslande. Francke aus Schleswig stimmt weder für den Majoritäts- noch für den Minoritätsantrag und schlägt den Weg der Thatsachen ein. Daß das Verhältniß der Centralgewalt zur Preussischen Regierung einer Untersuchung bedürfe, gibt der Redner mit Stedmann zu. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, daß Preußens edler König zuerst die Dänen aus dem Deutschen Lande getrieben habe. Nach solchen Opfern dürfe man nicht undankbar sein. Ein großer Theil Deutschlands wünsche den Frieden; in den Herzogthümern werde er ersehnt; diese Sehnsucht müsse mit der Ehre und Wohlfahrt der Nation vereinbart werden. Das bezwecke jedoch der Majoritätsantrag nicht, welcher vielmehr auf ein Zer-

reißer der Deutschen Einheit hinausgehe. Der Redner, welcher gegen die Trennung der Holsteinischen von den Schleswig'schen Truppen und gegen die Aufhebung der durch die provisorische Regierung erlassenen Gesetze sich ausspricht, beantragt mit den Abgeordneten Droyßen, Michelsen und Neergaard, die Reichsversammlung möge beschließen: 1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Walmoe vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. 2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, Dänischerseits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete. 3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensunterhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen. v. Maltzahn, aus Preußen, welcher heute seine Jungfernrede hält, tritt aus Besorgniß für das Vaterland gegen den Mehrheitsantrag in die Schranken. Der Redner beantragt: in Erwägung, daß der Waffenstillstand in wesentlichen Punkten als unausführbar sich darstellt, theilweise aber schon ausgeführt ist, beschließt die Reichsversammlung 1) daß der Waffenstillstand von Walmoe weiter nicht beanstandet werde; 2) die Centralgewalt aufzufordern, über die der Dänischen Krone zuzustellende Notifikation und über die mit der Dänischen Regierung einzugehenden Friedensunterhandlungen der Nationalversammlung geeignete Vorlage zu machen. v. Herrmann, aus München: Unbedeutende Ursachen haben in der vorliegenden Frage zu großen Verwickelungen geführt. Vor allem ist hierunter die Art der Ausstellung der Vollmacht ohne Vorbehalt und Genehmigung des Reichsverwesers und der Nationalversammlung zu verstehen; dem zunächst der Umstand, daß man einen Bevollmächtigten in die Nähe der Unterhandlungen geschickt hat, leider aber nicht so nahe, daß er alle Vorgänge hätte mit ansehen können. Wie konnte das Ministerium einen Vertrag annehmen ohne Nennung des Reichsverwesers als Pasciscenten, was der Würde des Reiches angemessen gewesen wäre? Man hat gesagt, daß auch die Nachfolger des abgetretenen Ministeriums mit Gewissenhaftigkeit zu handeln hätten. Man kann aber auch mit dem besten Gewissen Mißgriffe machen und auch die Nachfolger werden dies thun. (Weiter.) Sie wissen, daß ich für die Nichtgenehmigung des Waffenstillstandes bin. Doch ist noch eine Ausgleichung möglich. Den Waffenstillstand, der in ungeschickter Weise geschlossen worden, schließen wir geschickt, und wenn die Dänen sich nicht scheuen, den Krieg fortzuführen, so werden die Deutschen sich auch nicht fürchten, ihn fortzusetzen. Man spricht von einem europäischen Kriege. Das glaube ein Anderer! Man macht wohl grimme Gesichter, doch zum Voss schlagen kommt's noch nicht. Bricht der Krieg mit Dänemark aus, so liegt darin eine neue Kräftigung der Nation. Dann müssen wir den Krieg wollen, aber auch die Freiheit. Nehmen wir ein Beispiel an Dänemark. Selbst durch die Vertheidigung seines Unrechts hat es sich Achtung zu verschaffen gewußt. Rüsten Sie sich, daß nicht ganz Europa ruft: „Ihr Deutsche seit ein Kinderspott!“ (Beifall.) v. Schmerling: Ich habe nicht die Eitelkeit, mein Benehmen als Beispiel Anderer anzustellen. Doch wäre zu wünschen gewesen, mein Vortrager hätte erklärt, in welcher Eigenschaft er gesprochen, ob als Abgeordneter oder als Ministerkandidat. Es ist mir eine neue Erscheinung, daß der Bevollmächtigte Preußens bereit ist, einem Abgeordneten anscheinend offizielle Erklärungen zu geben. Man hat getadelt, daß im Waffenstillstandsvertrag der Deutsche Bund nicht als handelnde Person aufgetreten, ohne zu bedenken, daß für Dänemark kein Reichsverweser bestand, weil dessen Regierungsantritt der Dänischen Krone nicht notificirt war. (Stimmen: „Das ist Ihre Schuld!“) Einem Feind, mit dem man im Kriege begriffen ist, schickt man keine Notifikationen zu. Darum mußte die Vollmacht in der gegebenen Art erteilt werden. Der Redner vor mir hat die Behauptung aufgestellt, als ob diplomatische Verhandlungen gleich freundschaftlichen Gesprächen abgemacht würden, wie wenn die Communication zwischen Frankfurt und Berlin jener zwischen Frankfurt und Sachsenhausen gleich stände! Ich bin der Ueberzeugung, daß das Reichsministerium seine Pflicht gethan haben müsse, denn die Herren, welche es sich zur Aufgabe machen, jeden Schritt zu untersuchen, würden auch nichts Besseres zu thun gehabt haben. (Beifall auf der Rechten; Zischen auf der Linken.) Vertagung. Schluß der Sitzung 2½ Uhr Nachmittags.

Frankfurt a. M., den 14. September. (D. A. Z.) Ich eile, Ihnen die Nachricht zu geben, daß, nach den angestellten Berechnungen, die Ratifikation des Waffenstillstandes in der Nationalversammlung mit einer Majorität von 10—12 Stimmen angenommen werden wird. Unmittelbar nach diesem Erfolge wird Fürst Leiningen die Mitglieder des alten Cabinets versammeln und wahrscheinlich das eben abgetretene Ministerium die Geschäfte wieder übernehmen. Weder Abg. Dahlmann noch Abg. v. Herrmann sind im Stande gewesen, ein Ministerium zu bilden. Der Austritt der H. v. Schmerling, v. Beckrath und Mevissen würde allerdings eine theilweise Modifikation hervorrufen, und man ist noch ungewiß, woher für die Obgenannten die Ersatzmänner kommen werden. Wird die Ratifikation durchgesetzt, so werden sofort Commissare ernannt werden, welche die Friedensverhandlungen vermitteln, und man bezeichnet zu diesem Zwecke zwei verschiedene Missionen, welche jedoch gemeinschaftlich verfahren und in Verbindung bleiben werden. Für die erstere, deren Zweck Schluß des Friedens mit Dänemark ist, bezeichnet man als Chef der Mission den bisherigen Reichsminister v. Schmerling. Die zweite Mission wird aus den Abgg. M. v. Sagerm (aus Wiesbaden) und Franke (Regierungspräsident aus Schleswig) bestehen. Diese Mission wird den Zustand des Landes untersuchen, die Beruhigung der Herzogthümer vermitteln und die erste Mission mit Nachrichten und Anträgen versehen.

Frankfurt a. M., den 16. Sept., Nachmittags 5 Uhr. (Tel. Dep.) Der Antrag, den Waffenstillstand nicht zu genehmigen, ist mit 258 gegen 237 Stimmen verworfen. Es ist mit 258 gegen 236 Stimmen beschlossen worden, die Centralgewalt soll die Vollziehung nicht hindern, die Modifikationen befördern, und es sollen Friedens-Unterhandlungen eingeleitet werden.

Hildburghausen. Am 3. Sept. war hier die erste große Volksversammlung im Lande, bei Steinfeld, zur Berathung dortiger trostloser Zustände. Sie war von 3—4000 Männern der Bevölkerung von etwa 25 Ortschaften besucht. Für den 10. Sept. war auf die Ebene zwischen Steinfeld und Staufsdorf eine zweite geladen, an welcher über 100 Ortschaften (Roburger und Meininger) Theil nehmen

werden und bei der man auch viele Deputationen aus dem Bairischen erwartete. In der Nacht des 8. Sept. wurde dem im Gasthose zum Sächsischen Hause hier abgestiegenen Minister Brandis ein Vereat gebracht, und die Menge drang ins Haus um den von der Volksmeinung Verurtheilten zu suchen. Lange dauerte es, ehe ihn der Wirth der tobenden Menge auf das Versprechen der Führer hin — „dem als Minister verhafteten, im Privatleben aber achtbaren Manne solle kein körperlich Leid geschehen“ — aus dem Versteck überlieferte. Nun nahm das Volk den Minister in seine Mitte, geleitete ihn unter Hurrahrufen hinaus bis an die Grenze des Stadtweichbildes, wo eine Chaise bereit gehalten worden war, und wünschte ihm unter der Verwarnung, nie wieder zu kommen, glückliche Reise. Die Bürgergarde war zwar theilweise activ — aber nicht in der Absicht, des Ministers Aufenthalt zu verlängern. Wie schon gestern gemeldet, ist das ganze Ministerium abgetreten.

Wien, den 14. September. (Schl. Z.) Die Besorgnisse von bedeutenden Ruhstörungen waren leider nicht unbegründet. Von 2 bis 4 Uhr Nachmittags wurde immerfort Alarm geschlagen, da Viele der Gardes nicht ausrücken wollten und man dieselben daher aus den Häusern holen mußte. Die Ursache dieses erneuten Krawalls war dadurch herbeigeführt, weil man das Ministerium stürzen und den aufgelösten Sicherheitsausschuß wieder einsetzen wollte. Daß man den Reichstag zu sprengen beabsichtigte, war ein böswilliges falsches Gerücht. Der eigentliche Krawall ging erst gegen 5 Uhr los. Nationalgardes zogen in Masse auf die Universität, wo die Studenten bereits versammelt waren. Hier steckten sie sich Zettel auf die Szakos und Kappen, worauf gedruckt zu lesen war: „Bürger Wiens! Nur Eins kann Euch retten, die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses.“ Unterdessen war der Hof, wo sich das Kriegsministerium befindet, bereits mit Nationalgardes (diese werden als Feinde des Sicherheitsausschusses bezeichnet) und mit Militair besetzt. Um 5 Uhr rückten mehrere Bataillone Nationalgardes und etwa 3—400 Studenten mit besagten Zetteln ebenfalls auf den Hof, wo sie gegenüber dem Militair und der bereits aufgestellten Nationalgarde in Front aufmarschirten. In diesem Augenblicke herrschte eine allgemeine Unordnung, da zufällig ein Schuß losging. Die daselbst aufgestellten vier Kanonen des Militairs wurden aufgerichtet, und die Kanoniere verfahren sich mit brennenden Luntten. Der Lauf der Kanonen war gegen das bürgerliche Zeughaus und die Studenten gerichtet. Beide Parteien waren nun in der gespanntesten Erwartung. Die müßigen Zuschauer flüchteten sich in die naheliegenden Gassen. Es wurde ein Erlaß kundgemacht, nach welchem alle Jene, die die genannten Zettel aufgesteckt hatten, und nicht augenblicklich abzunehmen, entwaffnet werden würden. Dies erregte bei der dem Sicherheitsausschuß anhängenden Partei großen Unwillen, und es zogen nebst den Studenten viele Gardes auf die Universität zurück, wo, wie es hieß, bereits Barrikaden errichtet seien — was sich jedoch nicht bestätigte. Ein Bataillon Infanterie rückte jetzt auf die Aula zu, ein anderes stellte sich mit 6 Kanonen und brennenden Luntten auf dem Stephansplatz auf. Die Studenten und die sich ihnen beigesellte Nationalgarde sperrete um die Universität herum die Gassen ab. In diesem Augenblicke erklärte sich die Regierung permanent, und es erschienen auf der Universität die Deputirten Goldmark und Rudlich, worauf sich das Militair von der Universität zurückzog und sich auf den Hohenmarkt und den Hof begab, wo dasselbe mit den vereinigten Nationalgardes Wachfeuer anzündete. Die Ruhe trat allmählig wieder ein, das Militair rückte in die Kasernen und die Ordnung ward bis jetzt nicht weiter mehr gestört. So eben geht das jedoch noch unverbürgte Gerücht, das Ministerium habe heute Mittags abgedankt.

M u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 14. Sept. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die allmählig ermüdende Debatte über das Mathieu'sche Amendement fortgesetzt. Herr Bernard sprach für dasselbe und von der Nothwendigkeit der Association. Sie allein könne das große Problem der Arbeit lösen, bezüglich dessen die Versammlung in ihren Ansichten getheilt sei. Er meine nicht die Association, welche die Familie isoliren und das Eigenthum vernichten möchte, sondern jene, welche den rechtmäßigen Besitz der Einen mit der gebührenden Befriedigung der Anderen in Einklang bringe. Hr. Billault: „Ich suchte stets praktisch und positiv zu sein. Darum beantrage ich, daß Sie einige Worte zu Gunsten der Arbeit in Ihre Verfassung einschreiben. Das Glend ist da; man heilt es nicht dadurch, daß man den Kopf wegwendet und die Augen verschließt. Im Angesichte dieses Uebels, welches ist die Schuld der Gesellschaft? Soll sie die Arme übereinander schlagen und dem Leiden seinen Lauf lassen? Ich glaube nicht, daß diese Gleichgültigkeit zu ihrer Lage paßt. Wenn Sie nicht in Ihre Verfassung ein Wort über diese Schuld der Gesellschaft einschreiben, so thun Sie weniger, als die Monarchie aller Zeiten. Was die Form, die Sprache betrifft, die Sie wählen sollen, um jene Schuld anzuerkennen, so dürfen Sie allerdings nicht ein ausschließliches, gefährliches Recht heiligen, welches glauben machen könnte, daß dies die erste und einzige Schuld der Gesellschaft sei. Ich verlange daher bloß, daß, unter Beseitigung gefährlicher und verhänglicher Ausdrücke, wenigstens die Schuld der Gesellschaft, dem Arbeiter gegenüber, in der Einleitung der Verfassung ausgesprochen werde.“ — Hr. Dufaure: „Die Grundzüge, auf welche Hr. Billault sich stützt, sind die der Commission, und seine Worte beinahe die unsrigen. Er unterstützt das Amendement, welches verlangt, daß die Commission das Recht auf Arbeit einschreibe: er fragt uns, ob wir mit übergeschlagenen Armen dem öffentlichen Glend gegenüber unthätig stehen bleiben wollen? Er stellt diese Frage uns, Ihnen allen, die Sie seit Ihrem Zusammenritte unangeseht die Mittel aufsuchten, das Glend der ärmeren Classen zu lindern. Die Commission wollte die Pflichten der Gesellschaft aufzählen, nachsindern die Pflichten der Bürger aufgezählt hatte. Sie schlug Ihnen vor, die

Pflicht der Gesellschaft auszusprechen, deren Erfüllung nach dem Maße ihrer Kräfte ihr obliegen würde. Statt dessen will man das Recht auf Arbeit; aber ehe wir dasselbe einschreiben, bitten wir Sie, uns den Umfang, den Belang desselben klar anzugeben. Es giebt ein augenfälliges und unverjährbares Recht, das Recht der Arbeit; wir haben es eingeschrieben. Was Sie verlangen, ist aber etwas Anderes; Sie wollen dem Arbeiter ein Recht zusprechen, das er gegen die Gesellschaft geltend machen kann. Allerdings hatte die Commission Anfangs das Recht auf Arbeit eingeschrieben, weil sie den umfassenden Bereich des Ausdrucks damals nicht vollständig erwo. Als aber der Entwurf an die Bureau zurückging, wurde in allen der Widerspruch zwischen dem Paragraphen der Einleitung und dem Art. 132. des Entwurfs hervorgehoben. Die Commission bezieht seitdem, und einstimmig, mit Ausnahme eines Mitgliedes, genehmigte sie die jetzige Fassung, welche die Pflicht heiligt, anstatt des Rechts. Wir müssen daher geradezu erklären, daß jedes Amendement zu dem Paragraphen VIII. der Einleitung, welches ein Recht auf Arbeit feststellt, über das hinausgeht, was wir für zulässig halten, und daß wir demnach auf Zurückweisung jedes Amendements dieser Art beharren werden. Bei Art. 13. werden wir zu erörtern haben, was für Vorsorgemaßregeln die Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Classen ergreifen muß; hier aber kann davon nicht die Rede sein. Hr. Arnaud gesteht selbst, daß nach der Ansicht vieler das Recht auf Arbeit die Verneinung des Eigenthums, das Prinzip des Aufstandes ist. Es handelt sich nicht bloß darum, welchen Sinn wir mit dem Recht auf Arbeit verknüpfen; wir müssen auch berücksichtigen, welchen Sinn Andere ihm unterstellen. Aus einer Pflicht des Staates wollen Sie ein dem Arbeiter völlig zugesprochenes Recht machen, und dadurch zwischen Staat und Arbeiter einen Gegensatz, einen Prozeß, einen Kampf hervorrufen. Dies ist es, was wir in keiner Weise zugeben wollen. Stellen Sie das Recht auf Arbeit fest, so wird, wie in England die Armensteuer, früher oder später der dem Arbeiter von Staatswegen zu zahlende und also von den Steuerpflichtigen aufzubringende Arbeitslohn das Einkommen der Landwirthschaft und des Gewerbleißes verschlingen. Man verlangt von uns, daß wir das Recht anerkennen sollen, jedoch mit dem Vorbehalte, die Vollziehung desselben hinauszuschieben. Wenn ein Recht aber verfassungsmäßig anerkannt ist, so kann auch gefordert werden, daß es sofort in Anwendung trete." Lang anhaltender Beifall von fast allen Bänken folgte der Rede Dufayre's, die einen sichtbar großen Eindruck auf die Versammlung machte. Nach ihm sprach Lamartine für oder vielmehr über das Recht auf Arbeit, indem er sich in theoretischen Auseinandersetzungen erging. Er verlangte, daß man im Interesse des Eigenthums etwas für das Volk thue. Von allen Seiten wurde nun der Schluß der Erörterung verlangt und ausgesprochen.

Großbritannien und Irland.

London, den 13. Sept. Sämmtliche Minister haben die Hauptstadt verlassen. Lord Grey ist jedoch in der Nähe und wird erst weiter reisen, wenn ein anderer Minister hier angelangt sein wird. Auch Lord Palmerston wird die Hauptstadt besuchen, so oft Anlaß dazu vorhanden ist.

— Nach neueren Nachrichten war Sir J. C. Ross, welcher im vorigen Jahre zur Auffindung der Franklinschen Nordpol-Expedition ausgelaufen, am 2. Juli mit seinen beiden Schiffen in Lievelley auf der Disco-Insel. Diese Insel liegt an der Westküste von Grönland, bei der Einfahrt in die Bassins-Bucht, beinahe unter 70° Br. Er wollte nordwärts segeln. Gelingt es ihm nicht, im Laufe d. J. Franklins Expedition ausfindig zu machen, so muß man daran verzweifeln. Die Schiffe sind dann sicher im Eise untergegangen.

Schweiz.

Tagssatzung. Sitzung vom 9. Sept. Ein Schreiben, des eidgenössischen Commissairs Kathri im Kanton Tessin berichtet von einer vom 1. Sept. datirten, dem Staatsrath Tessin's aber erst am 4. zur Kenntniß gelangten „groben“ Note des Feldmarschalls Radetzky, welche nur eine Wiederholung der früheren unbegründeten Vorwürfe und Beschwerden sei. Namentlich rügt er es, daß nach sicheren Berichten die von Garibaldi weggenommenen Dampfschiffe mit Beute aus Oesterreichischen Orten ohne Hinderniß wiederholt an Tessinischen Gestaden des Lago maggiore landen und ausschiffen, daß etwa 20 von Garibaldi gefangene Oesterreichische Soldaten in Tessin zurückgehalten werden, und daß in jenem Kanton stets conspirirt werde. Der Vorort hat laut dem Nouv. Vaud. den Ständen angezeigt, daß er in Folge der günstigen Nachrichten aus Tessin die eidgenössischen Commissaire unter Verbannung ihrer Dienste zurückberufen habe. Den Schluß der Sitzung fällt noch die Berathung über die Note des Feldmarschalls Radetzky an die Regierung von Tessin, worauf die Regierung unterm 5. Sept. antwortete und die Unbegründetheit seiner Beschwerden wiederholt nachwies. Tessin setzt die Falschheit der an Radetzky gemachten Rapporte näher aneinander, rechtfertigt das Benehmen seiner Regierung, welcher auch der Solothurnische eidgenössische Commissair Minzinger ein günstiges Zeugniß erteilt. Nachdem noch mehrere Stände, wie

Baselland, Freiburg, besonders Genf, das Benehmen Oesterreichs sehr scharf beleuchtet, wird endlich auf den Antrag von Zürich die Sache dem Vororte zu gut findender, der Ehre und Würde der Schweiz angemessener Erledigung überlassen. Montags Behandlung der Lombardischen Flüchtlingsangelegenheit, Diensttags Erklärung der Annahme der Bundesverfassung, Einführungsbekret derselben in und Mittagessen der Tagsatzung im Fraubrunnen zur Feier der Annahme.

Italien.

Das Modenesische Hofblatt zeigt an, daß der Russische Kaiser, die Königin von England und der König von Preußen die Mittheilung des Herzogs, daß er den Thron seiner Väter wieder bestiegen habe, und dessen Bitte um Unterstützung seiner rechtmäßigen Ansprüche sehr wohlwollend und mit den Versicherungen der größten Theilnahme für den Herzog erwidert haben.

Einer von Livorno aus an ihn abgegangenen Deputation hat, nach Italienischen Blättern, der Großherzog (6) folgende Punkte bewilligt: Für das Geschehene ist volle Amnestie gegeben; die Livorneser Nationalgarde wird neu organisiert; die Reserve wird organisiert und bewaffnet (d. h. gegen Oesterreich wird gerüstet); „unter der Voraussetzung, daß es in Livorno ruhig bleibt“, verspricht die Großherzogliche Regierung von der ihr verliehenen außerordentlichen Gewalt keinen Gebrauch zu machen, die Constitution wiederum waken zu lassen, und gegen Livorno keine Truppen zu schicken; in Livorno selbst wird vom Volk eine Regierung gewählt, die bis zur vollen Wiederherstellung der Ruhe mit fast unumschränkter Vollmacht regiert. Hierauf hat man sich in Livorno zufrieden erklärt, es ist alles ruhig, und an der Spitze der schon gewählten neuen Regierung steht Guerrazzi.

Am 2. September wurde in Parma und Piacenza folgende Kundmachung erlassen: „Wir Carl II. von Bourbon, Infant von Spanien, Herzog von Parma und Piacenza u. s. w. Da in Folge der letzten Ereignisse der Augenblick nicht mehr fern ist, in welchem wir die Zügel der Regierung wieder ergreifen können, finden wir uns veranlaßt, bis wir in die Mitte unserer geliebten Unterthanen zurückkehren, zu erklären wie folgt: 1) Es ist unser fester Wille alle kraft feierlicher Verträge über die Herzogthümer Parma und Piacenza, Pontremoli, Villafranca, Bagnone, Mulazzo u. s. w. uns zukommenden Souverainitätsrechte aufrecht zu erhalten. 2) Alle während unserer Abwesenheit von der aufgezogenen Regierung erlassenen und nicht unserem früher ausgesprochenen Willen gemäßen Akte, sollen als eigenmächtig, nichtig und nicht geschehen zu betrachten sein. 3) Wird bis auf weiteres die provisorische Militärregierung des Hrn. Commandirenden der k. k. Armees. J. M. Grafen Radetzky von uns formell anerkannt und bestätigt, und wir befehlen allen unseren Unterthanen, derselben vollen und gewissenhaften Gehorsam zu leisten. — Gegeben in Weisstrop in Sachsen am 21. August 1848.“ Diese Kundmachung wird in einer anderen vom Militärcommandanten von Parma, Graf Degenfeld-Schomburg bestätigt und das Volk zur Ruhe und Ordnung aufgefordert. Das im Saal S. Giovanni constituirte Commissariat des Königs von Sardinien legt gegen diese Kundmachung Protest ein.

Niederlande.

Haag, den 12. Sept. An vielen Orten Limburgs ist die Deutsche Bundesfahne durch die niederländischen Soldaten mit Gewalt eingezogen und unter Schimpf und Hohn nach Maestricht überbracht worden. Unter anderm fanden solche Beleidigungen in Sittard, Beel, Weynastrade, Herlerheide, Börendall, Waghberg, Gysden, Kirchrade und Gispden, auf eine verstoßene Weise Statt. Diese Thatfachen stehen keineswegs im Einklang mit der in Frankfurt, von Seiten der Holländischen Legation, gegebenen Erklärung: daß die niederländischen Truppen sich keine Beleidigungen gegen die deutschen Fahnen erlaubt hätten. Nach einem gewissen Orte in Limburg wurden Einquartierungsstruppen aus Maestricht geschickt, einzig darum weil die Deutsche Bundesfahne auf dem Kirchturme dieses Ortes geblieben war. Demzufolge wird man doch schließen müssen, daß die Deutsche Fahne in Limburg, unter dem holländischen Gesichtspunkt, als eine feindliche erscheint und als solche behandelt wird. Das Tragen der Deutschen Kolarde und das Absingen des patriotischen Liedes von Arndt, werden als aufrührerisch angesehen.

Marktberichte. Berlin, den 18. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 59—64 Rthlr.; Roggen loco 85½ pfd. 30½ Rthlr., schwimmend 90 pfd. 32 Rthlr., p. Sept./Okt. 29½ Rthlr., Okt./Nov. 30 Rthlr., Nov. 30½ Rthlr.; Gerste, große, loco 30 Rthlr., kl. 26—25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rübsöl loco 11½ — 11¾ Rthlr. bez., 11½ G., Sept./Okt. 11½ — 11¼ Rthlr., Okt./Nov. 11½ — 11¼ Rthlr., Nov./Dez. 11½ — 11¼ Rthlr. bez. u. G., Dez./Jan. 11½ — 11¼ Rthlr., Jan./Febr. 11½ — 11¼ Rthlr., Febr./März 11½ — 11¼ Rthlr. bez., 11½ G.; Spiritus loco 18 Rthlr. bez. u. Br. ohne Faß, 17½ Br., 17½ bez. mit Faß, Okt./Nov. 17½ — 17 Rthlr., Brennzeit 17 Rthlr. geboten.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Zur deutschen Marine ist bei dem Schugvereine des Posener Schrodac Kreises ferner eingezahlt: 19) aus Klein: Baron von Lügow 1 Rthlr., Kelm, 5 sgr., Stiller, Botmann, Fahro, Breich, Nitsche, Düsterhöft, Breier und Kroll zu 2½ sgr., Reh aus Kosziewski 5 sgr., Summa 2 Rthlr.; 20) aus Ludwigshöhe: Förster Gramowski und Familie 1 Rthlr.; 21) aus Raramowice Saul: Olszewski, Hildebrandt, Brause und Zettler zu 2½ sgr., Frig

1 sgr., Gräß in Rosenmühle 5 sgr., Summa 16 sgr.; 22) aus Radziejewo: v. Troskow 20 Rthlr., Antonie v. Troskow 5 Rthlr., Mar, Otto, Richard, Oskar, Franz, Eduard, Frig, Heinrich, Arthur, Ernst und Herrmann, Geschwister v. Troskow zu 15, 10 und 5 sgr., Weiske 1 Rthlr., Schulz, Luther und Zerbst zu 15 sgr., Antonie v. Albedyll 15 sgr., Landt und Müller zu 10 sgr., Tepper, A. und Chr. Jost, Link, Stephan Swiatkowski, Bonczek, Ma-

ciejewski zu 5 sgr., Wolf und Jache zu 7½ sgr., Gottliche Schmolke 10 sgr., Renate Kühn 6 sgr., Caroline Ollenburg 5 sgr., Dittlie Hoffmann 5 sgr., Goronczial und Rowalewski zu 5 sgr., Theod. Schulz 5 sgr., Summa von Radziejewo: 35 Rthlr. 18 sgr. 6 pf. — Ueberhaupt sind bis jetzt eingekommen: 155 Rthlr. 8 sgr. 4 pf. und 1 Silber-Rubel.

(Fortsetzung folgt.)

(Mit einer Beilage.)

Den gestern Mittag um halb zwölf Uhr am Herzschlage erfolgten Tod meines theuern, geliebten Mannes, des Königl. Regierungsrathes und Stadtrathes Johannes Otto Bergenroth, zeige ich tief gebeugt allen Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an.
Posen, den 19. September 1848.
Auguste Bergenroth geb. Berger.

Ostsee-Zeitung

und
Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Diese Zeitung bleibt ein Organ für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, auf nationalökonomischem Gebiet unter der Fahne des freien Handels kämpfend, auf politischem die Erfüllung der in den Märztagen gegebenen Zusagen auf gesetzmässigem Wege anstrebend.

Sie erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und wird für unsere auswärtigen Abonnenten jenseit Berlin zeitig genug versandt, um noch am nämlichen Abend mit den resp. Bahnzügen weiter befördert zu werden.

Der Preis ist bei allen preussischen Postämtern zwei Thaler pro Quartal. Am 1. Oktober beginnt ein neues Abonnement; Bestellungen beliebe man möglichst zeitig zu machen.

Stettin, im September 1848.

Die Redaktion:

H. Maron. E. Tiessen.

Publicandum.

Mit Bezug auf die, in der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 §. 27. et seq. enthaltenen Bestimmungen und zufolge besonders ergangener Regierungs-Anordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Mühlenbesitzer Friedrich Rabow auf seinem kleine Gerberstraße No. 25/107 belegenen Grundstücke, in einem neu zu errichtenden Gebäude ein Walz- u. Walzwerk anzulegen beabsichtigt.

Gegründete Einwendungen hiergegen sind binnen einer Präklusiv-Frist von 4 Wochen nach dem Erscheinen des gegenwärtigen Publikandi zur näheren Erörterung und ferneren Veranlassung hier anzugeben.
Posen, den 9. September 1848.

Königl. Polizei-Direktorium.

Gerichtliches Aufgebot.

Auf dem im Breschener Kreise belegenen, früher dem Rittmeister Anton v. Czarniecki gehörig gewesenen adeligen Gute Gorazdowo ist unter Rubrica III. No. 2. des Hypothekenbuches Folgendes eingetragen gewesen:

„Die den Geschwistern des Eigenthümers Anton v. Czarniecki, namentlich der minorennen Rosa, Marianna und Angelica v. Czarniecka als Erben ihres Vaters Adalbert v. Czarniecki aus dem vierten Theile des eigentlichen Werthes dieses Gutes gebührende, in Absicht des Quanti noch nicht ausgemittelte, in baarem Gelde zu leistende Abfindung, welche nach der Anmeldung vom 1ten November 1795 auf den Grund der Agnition des Eigenthümers Anton v. Czarniecki vom 26ten Oktober 1796 und 11ten April 1797 vigore decreti vom 18ten November 1797 alhier eingetragen worden.“

Das Gut Gorazdowo ist unter Sequestration und demnächst zur Subhastation gestellt worden.

Bei der Vertheilung der Revenüen und Kaufgelder ist auf obige Post ein Kapitals-Antheil von 9934 Rthlr. 15 Egr. 3 Pf., zinsbar vom 1ten November 1837 ab, gefallen, welcher bei dem Depositorio weiter verzinslich, als eine Special-Masse angelegt worden ist, weil das Hypotheken-Dokument fehlt.

Diese Special-Masse, bestehend in dem Kapitale von 9934 Rthlr. 15 Egr. 3 Pf., und den davon bereits auf gekommenen und noch auf kommenden Zinsen wird hiermit aufgegeben. — Es werden alle diejenigen Unbekannten, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an die Special-Masse zu haben vermeinen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius Keizgel auf den 29sten December 1848 Vormittags um 10 Uhr

in unserm Instruktionszimmer anberaumten Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Rittmeister Anton v. Czarniecki und die Erben der Antonina v. Czarniecka, werden hierdurch öffentlich von dem anberaumten Termine benachrichtigt.

Posen, den 19. März 1848.

Königl. Ober-Landesgericht. Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

A u f r u f.

Im Hypothekenbuche des im Schildberger Kreise des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Gutes Trzejnica steht Rubr. III. Nr. 35 ein unverzinsliches Kapital von 3900 Rthlr. mit dem Vorbehalte, daß die Baronin Wilhelmine von Knobelsdorf das Recht hat, damit ihre Forderungen zu compensiren, für den Franz v. Psarski auf Grund rechtskräftiger Entscheidung ex decreto vom 27. Juli 1831 eingetragen. Franz v. Psarski ist rechtskräftig verurtheilt, diese Post zur Lösung zu bringen. Das über dieselbe am 30. August 1831 ausgefertigte Hypotheken-Dokument ist indes verloren gegangen und es haben deshalb die Erben der Wilhelmine v. Knobelsdorf als Eigenthümer von Trzejnica das Aufgebot desselben beantragt. Zu diesem Zwecke werden alle diejenigen, welche an die bezeichnete Post und das darüber ausgefertigte Instrument als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder aus einem andern Rechtsgrunde Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem am 3. Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Rappold in unserm Instruktionszimmer anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls sie mit denselben präkludirt werden sollen und die Lösung der Hypotheken-Post veranlaßt werden wird.

Posen, den 27. Juli 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht; Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

P r o c l a m a.

Im Hypothekenbuche des unter der Gerichtsbarkeit des Königl. Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. D. im Sternberger Kreise belegenen Rittergutes Kemnath, Antheils A., sind in der dritten Rubrik unter No. 4. auf Grund des bei der Regulirung des Nachlasses des verstorbenen Gutsbesizers, Hauptmanns von Troschke zwischen seiner Wittwe, Wilhelmine Beate gebornen v. Marwig und den 4 Kindern des Verstorbenen am 16. August 1794 geschlossen und am 8. September 1794 obervormundtschaftlich bestätigten Erbvertrages 250 Thlr. Zweihundert fünfzig Thaler, zu 4pCt. verzinslich zu Folge Verfügung vom 14. Oktober 1794 dergestalt eingetragen, daß nach dem Tode des zum lebenslänglichen Zinsgenusses berechtigten v. Zobelitz zu Altgabel

- a. 125 Thlr. an die damalige Besitzerin des Guts, verwittwete von Troschke, später verheiratete Justizräthin Grothe,
- b. 125 Thlr. an die 4 von Troschkeschen Kinder Carl Gotthilf Ferdinand, } Geschwister
Ernst Bogislaw, }
Wilhelmine Christiane, } v. Troschke
Helene Karoline

zu gleichen Theilen, an jedes also 31 Thlr. 7 Egr. 6 Pf. fallen.

Der Ritterschaftsrath v. Knobelsdorf zu Berlin, welchem das Gut durch den am 17. Januar 1818 eröffneten Adjudikationsbescheid zugeschlagen worden, behauptet die Tilgung dieser Post, indem die Justizräthin Grothe, verw. v. Troschke, ihren Miterben ihr Erbtheil ausgezahlt und sie demnächst ihrem Ehemanne und dieser ihm, dem von Knobelsdorf, die ganze Forderung gegen Zahlung cedirt habe.

Weder das Original-Dokument vom 16. August, 8. September 1794 noch gültige Quittungen der Geschwister von Troschke, noch die Cession der Justizräthin Grothe haben jedoch vorgelegt werden können.

Ferner stehen eben daselbst unter No. 6. 1137 Thlr. 12 Egr. 6 Pf. Eintausend Einhundert Sieben und Dreißig Thaler Zwölf Egrößen Sechs Pfennige rückständige, zu 4pCt. verzinsliche Kaufgelder auf Grund des mit dem Freiherrn Ferdinand und Christoph Gottlob v. Glaubitz geschlossenen Kaufkontraktes vom 15./25. Mai 1799 zufolge Verfügung vom 19. Juli 1799 für die gedachte Justizräthin Grothe eingetragen. Das Dokument befindet sich im Gewahrsam des unterzeichneten K. Oberlandesgerichts.

Nach dem Tode der Justizräthin Grothe hat ihr Wittwer diese ganze Post an den 2c. von Knobelsdorf abgetreten, jedoch ist die Befriedigung der Kin-

der der 2c. Grothe als Miterben für ihren Antheil am Kapital durch glaubhafte Urkunden nicht nachgewiesen. Da der Ritterschaftsrath von Knobelsdorf die Lösung beider Posten im Hypothekenbuche beantragt, so werden alle diejenigen, welche an vorgedachte Posten und aus den darüber ausgefertigten Instrumenten als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber Ansprüche zu haben glauben, aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem

am einundzwanzigsten Oktober 1848

Vormittags eilf Uhr

vor dem Deputirten, Referendarius Burchard im Instruktionszimmer des Königl. Ober-Landesgerichts anstehenden Termine anzuzeigen, widrigenfalls sie aller Anrechte an das verpfändete Gut für verlustig erklärt, ihnen ein immerwährendes Stillschweigen auferlegt und das Dokument vom 8. September 1794 über die Forderung von 250 Thlr. für amortisirt erachtet werden wird.

Auswärtigen werden die Justiz-Kommissarien

„Schmidt und Hanff“

in Vorschlag gebracht.

Frankfurt a. D., den 16. Juni 1848.

Erster Senat des Königl. Preuß. Ober-Landes-Gerichts.

Nachlaß-Auktion.

Donnerstag den 21. September Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen im Hause Breslauer Straße No. 7 mehrere Möbels, Bilder, Küchengeräthe, verschiedene Material- und kurze Waaren, so wie auch 40 Flaschen guten Rum nebst verschiedenen andern Gegenständen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Der Verein für König und Vaterland versammelt sich Donnerstag den 21. September Nachmittags 4 Uhr im Weizschen Saale in der Bronker-Straße. Die Mitglieder können ihre Legitimations-Karten da, wo sie ihren Beitritt unterzeichnet haben, in Empfang nehmen.

Der provisorische Vorstand.

In Folge des mit der Posener Zeitung vom 17. d. M. ausgegebenen Aufrufs an Preußens Frauen und Jungfrauen zu Weisern für die Deutsche Flotte, werden sowohl die Unterzeichnerinnen des Aufrufs, als auch andere von uns mit einem schriftlichen Ausweise versehene Frauen und Jungfrauen von morgen ab persönlich von Haus zu Haus gehend die Weiträger der edlen Geberinnen einsammeln.
Posen, den 19. September 1848.

General-Versammlung des hier zu bildenden Bürger- u. Rettungs-Instituts, findet Freitag am 22. d. M. Nachmittags 4 Uhr im Hauptshen Lokale St. Martin No. 71 statt, um den Vorstand des genannten Instituts zu erwählen; es wird ergebenst gebeten, daß die Interessenten recht zahlreich erscheinen.
Posen, den 19. September 1848.

A. Pfehler.

Bei seinem Umzuge nach Neusalz a/D. empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten bestens der Hauptmann und Reg. a. D. Schönbeck.

Sicheres Schuzmittel gegen die Cholera.

Die wichtige Entdeckung, daß die Ursache der Cholera in der Luft liegt, und zwar in gestörten Verhältnissen der Electricität und des Erdmagnetismus, hat zur Aufstellung von Schuzmitteln gegen diese Krankheit geführt, die auf jener Entdeckung beruhen.

Die galvano-electrischen Rheumatis-mus-Ketten haben sich nach offiziellen Berichten aus Petersburg als ein so sicheres Mittel gegen die Cholera bewährt, daß auch nicht eine einzige Person, welche eine solche Kette trug, von dieser schrecklichen Krankheit befallen wurde.

Das Stück von obigen Ketten kostet 15 Egr. und sind selbige nur acht zu haben bei

J. J. Heine, Markt 85.

Beachtungswerth

Eine noch ganz neue complete häusliche Einrichtung ist sofort mit sehr billigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres darüber Wilhelmstr. 23 im Laden.



E. Jaffé née Argé,

Königlich preussische geprüfte Lehrerin der ihr eigenthümlichen Schreibmethode

logirt in Lauf's Hôtel de Rome, Zimmer Nr. 11.

Bei meiner Durchreise beehre ich mich einem geehrten Publikum hier und in der Umgegend ganz ergebenst anzeigen, daß ich einen Cursus meines

Schreib-Unterrichts

hier abzuhalten gedente, wenn sich eine mir genügende Anzahl Theilnehmer dazu findet. Da ich hoffe, daß die Tüchtigkeit und Reclität meines Unterrichts auch hier gekannt ist, so enthalte ich mich jeder Anpreisung, bemerke aber, daß man vermöge derselben in **20 Lehrstunden** Schreiben lernen und die unleserlichsten, schlechtesten, namentlich **zitternde**, durch krampfhaftes Federhalten verunstaltete Handschriften auf **Lebensdauer** in schöne, deutliche und hauptsächlich sehr geläufige verwandeln kann und dieser Unterricht sich auch auf Diejenigen ausdehnt, welche des Schreibens ganz unkundig sind.

Zur Ueberzeugung eines Jeden liegen Atteste höchster und hoher Behörden und bedeutender Privatpersonen, wovon ich eins hier beifüge, wie auch die veränderten Handschriften meiner, in vielen größeren Städten des In- und Auslandes in bedeutender Anzahl ausgebildeten Schüler jeden Standes und Alters zur Ansicht bereit.

Die Bedingungen meines Unterrichts, wie die Bestimmung der verschiedenen Unterrichtsstunden für Damen, Herren und Kinder sind bei mir zu erfahren, und bitte ich alle Diejenigen, welche von meinem Unterrichte Gebrauch zu machen wünschen, sich gefälligst **recht bald** bei mir zu melden, da ich mich anderer Engagements halber nur **kurze Zeit** hier aufhalten kann. Diejenigen, welche in ihrer Zeit beschränkt sind, können bei **zwei Stunden** täglichen Unterrichts den Cursus in 10 bis 12 Tagen beenden.

Den Herren Regiments-Commandeurs, wie den Herren Schul-Directoren erlaube ich mir hiermit noch besonders zu bemerken, daß ich, wie anderwärts, auch hier, wenn sich eine Anzahl Schüler gleichzeitig engagiren, eine bedeutende Verminderung meines Honorars stattfinden lasse. Das Wohlthätige einer geläufigen und schönen Schrift, die namentlich auch beim Militair für die fernere Anstellung im Staate so erforderlich ist, läßt mich hoffen, daß die Herren Chefs hier wie überall im Königreich Preußen und auch in anderen Staaten, wo ich gewesen, geschah, meinen Unterricht zum Vortheil ihrer Untergebenen nicht unberücksichtigt lassen werden. Für das minder begüterte Publikum ist mein Honorar hier, wie überall, ermäßigt.

Attestat.

Die geprüfte Schreiblehrerin, Madame Jaffé, hat etwa 60 Unteroffiziere und Soldaten des 1. Bataillons 16. Infanterie-Regiments, des 8. Husaren- und 5. Ulanen-Regiments und der 2. reitenden Compagnie 7. Artillerie-Brigade einen Cursus im Schön- und Schnellschreiben unterrichtet und zwar mit so günstigem Erfolge, daß bei den meisten Schülern sich deren frühere schlechte, unregelmäßige oder selbst theilweise zitternde Handschrift bereits vollständig erreicht, regelmäßige und bei mehreren — schöne Handschrift verändert hatte; — bei allen aber eine geläufige und regelmäßige Handschrift bereits vollständig erreicht, oder aufs Beste der Grund dazu gelegt ward.

Die Ursache dieses außerordentlichen Erfolges scheint besonders zu liegen in einem der Madame Jaffé im hohen Grade eigenen Talent, die Eigenthümlichkeiten, Fähigkeiten und Fehler der Hand eines jeden ihrer Schüler schnell zu erkennen, den Schüler schnell davon zu überzeugen und schnell den Fehler zu beseitigen, so daß der Schüler nunmehr die ohnehin ganz naturgemäße und praktische Schreibmethode aufnimmt und sich aneignet.

Außerdem aber besitzt die Lehrerin die Gabe, alle sonstigen Schwierigkeiten und Hindernisse beim Unterrichte durch Geduld, Freundlichkeit, durch große Beharrlichkeit und durch unablässiges Hinwirken auf das Hauptziel, nämlich Bildung einer guten Handschrift — zu überwinden: — ja, dieselbe hält dieses Ziel so fest im Auge, ist der Erreichung desselben aber auch so gewiß, daß sie kein Honorar verlangte und den Unterricht bis zu 30 Stunden unentgeltlich auszudehnen versprach, wenn dieses Ziel verfehlt werden sollte.

Keine der bisher bekannten Schreibmethoden läßt in so kurzer Zeit einen größeren und bleibenderen Erfolg erwarten, als die hier erwähnte, und gern werden die Schüler der unterzeichneten Truppentheile es anerkennen, daß sie mit dem Resultat nicht allein befriedigt, sondern ihrer Lehrerin auf das dankbarste verpflichtet sind.

Düsseldorf, den 30. November 1844.

Engels, Oberstleutnant und Commandeur des 1. Bataillon 16. Infanterie-Regts.
Graf zu Solms, Oberstleut. u. int. Commandeur des 5. Ulan.-Regts., Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs.
v. Nohe, Oberstleutnant und int. Commandeur des 8. Husaren-Regiments.
v. Derschau, Hauptmann und Chef der 2. reitenden Comp. 7. Artillerie-Brigade.

Königl. Preussisches und Königl. Sächsisches concessionirtes neu erfundenes Geheim-Mittel zur gänzlichen Vertilgung der Ratten und Mäuse.

Die Wirksamkeit desselben kann durch mehrere amtliche Atteste bewiesen werden. Die Krucke nebst Gebrauchsanweisung ist stets zu 15, 20 und 25 Egr. bei dem Kaufmann C. F. Binder am alten Markt Nr. 82. in Posen zu haben.

Lokal- und Firma-Veränderung.
 Meine bisher unter der Firma **Beer Mendel** am Markte No. 88. bestandene Galanterie-, Weißporzellan-, Fayence-, Glaswaaren- und Tapeten-Handlung habe ich unter Firma:
Nathan Charig vormals **Beer Mendel** nach **Markt No. 90.** verlegt, und bitte, mir das Vertrauen auch in dem neuen Lokal zu erhalten. Hiermit verbinde ich die Anzeige, daß ich eine Parthie zurückgesetzter Waaren zu bedeutend herabgesetzten, aber festen Preisen am **20sten** und **21sten** d. M. verkaufen werde.
Nathan Charig.

Ich habe mein Gold- und Silberwaaren-Geschäft von No. 90. nach No. 94. am Markt verlegt.
Rudolf Baumann,
 Gold- und Silberarbeiter.

Eine gute Spitz-Kugel-Büchse, komplett, ist mit Garantie billig zu verkaufen.
 Neue Straße No. 4. bei L. J. Meyer.

Schöne reife Weintrauben
 à 2 Egr. pro Pfund incl. Emballage gegen portofreie Sendung des Betrages, empfiehlt der Weinberg-Besitzer S. Geisler in Schmiegel.

Grünberger Weintrauben

empfiehlt à Pfund 2½ Egr in Fäßchen à 12 bis 30 Pfund. Die Fäßchen werden weder berechnet noch mitgewogen und nur die besten und schönsten Trauben gesandt.

G. Mosche in Grünberg in Schlessen.

Doppelt raffiniertes Rüb-Öel, in bester Qualität, so wie tadelfrei brennend, empfiehlt billigst **Jsidor Appel jun.,** Wasserstr. 26.

Ein Repetitorium zum Materialgeschäfte ist billig zu verkaufen bei **J. Lissner** Schuhmacherstraße No. 20.

Der Ausverkauf

der **Mode- und Seiden-Waaren-Handlung** von **J. M. N. Witkowski Wwe.** wird von heute an im **Hôtel de Dresde, Wilhelmsstraße No. 21,** fortgesetzt.

Vermietung.
 In dem Fichtner'schen Hause, Mühlenstr. No. 12, sind mehrere große und kleine Wohnungen neu restaurirt und theilweise tapezirt, mit und auch ohne Stallung, sogleich und vom 1. Oktober ab zu vermieten. Nähere Auskunft im Administrations-Bureau Friedrichstraße No. 30. **Anschüß.**

Königs-Strasse No. 2. sind vom 1. Oktober ab zwei Parterre-Wohnungen mit und ohne Stallung und Wagenremise zu vermieten. **Anschüß.**

Markt No. 72. im Kolskischen Hause sind zwei Remisen und Stallung auf 4 Pferde sofort zu vermieten. **Anschüß.**

Schifferstraße No. 9. im 1sten Stock rechts, ist ein möblirtes Zimmer nebst Bett, sogleich oder vom 1. Oktober ab, für 3 Rthlr. monatlich zu vermieten.

Unterricht in allen weiblichen Handarbeiten wird gegen ein billiges Honorar, so wie Anfangsgründe im Klavierspiel erteilt. Wo? weist Frau v. Blumberg, Bäckerstraße No. 13. nach.

Berliner Börse.

Den 18. September 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	74½	73½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	87
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	72½	71½
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	79½
Westpreussische Pfandbriefe	4	—	95½
Grossh. Posener	3½	78½	78½
Ostpreussische	3½	—	86
Pommersche	3½	90½	89½
Kur- u. Neumärk.	3½	—	89½
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	85½	84½
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Anderer Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien,			
voll einbezahlt:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	87	86½
Prioritäts-	4	—	83
Berlin-Hamburger	4	65½	65½
Prioritäts-	4½	89½	89½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53	52½
Prior. A. B.	4	—	78
.	5	—	86½
Berlin-Stettiner	4	—	88½
Cöln-Mindener	3½	—	75½
Prioritäts-	4½	90	—
Magdeburg-Halberstädter	4	102	—
Niederschles.-Märkische	3½	69½	69½
Prioritäts-	4	81½	81½
.	5	93½	93½
.	5	88	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	89
B.	3½	—	89
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	69	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	52	—
Stargard-Posener	4	—	66½